

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

ZI. LE.4.2.4/0009-RD 3/2018

Wien, am 29. März 2018

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Mag. Jörg Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen vom 31.01.2018, Nr. 233/J, betreffend österreichische Ratspräsidentschaft 2018

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried Kolleginnen und Kollegen vom 31.01.2018, Nr. 233/J beantworte ich, nach den mir vorliegenden Informationen, wie folgt:

Inhalte der Präsidentschaft:

Zu Frage 1:

➤ *Welche unter ihrer Federführung fallenden Gesetzgebungsverfahren sind im Rat derzeit noch offen?*

Im Bereich Energie und Bergbau sind die Dossiers des Clean Energy Package (CEP) offen:

Hiezu zählen die Richtlinien zu den Bereichen:

- Energieeffizienz,
- Erneuerbare Energien,
- Elektrizitätsbinnenmarkt,
- Erdgasbinnenmarkt

und Verordnungen zu den Bereichen:

- Governance,
- Elektrizitätsbinnenmarkt,
- Agency for the Cooperation of Energie Regulators (ACER),
- Risikovorsorge.



Im Umweltbereich wird die Verordnung zur Überwachung und Berichterstattung der CO<sub>2</sub> Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen aktuell verhandelt und soll voraussichtlich unter dem bulgarischen Vorsitz abgeschlossen werden.

Die Verordnung betreffend CO<sub>2</sub> Standards für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge wird aktuell unter dem bulgarischen Vorsitz behandelt und unter dem österreichischen Vorsitz weiterverhandelt werden; abhängig vom Fortschritt könnte unter dem österreichischen Vorsitz eine allgemeine Ausrichtung und danach der Start der Trilogverhandlungen erfolgen.

Die Europäische Kommission plant dieses Jahr noch weitere in den Kompetenzbereich Umwelt fallende Gesetzesvorschläge vorzulegen. Diese sind voraussichtlich CO<sub>2</sub> Standards für schwere Nutzfahrzeuge, ein Vorschlag zu Einweg-Kunststoff sowie eine Revision der Verordnung betreffend Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung von Schiffsemissionen im Hinblick auf die Erreichung der internationalen Klimaziele.

Für den Bereich der EU-Landwirtschaft sind derzeit, im Rat Landwirtschaft und Fischerei, folgende Gesetzgebungsverfahren offen:

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen, die Verwendung der Namen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln sowie den Schutz geografischer Angaben für Spirituosen
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Arzneifuttermitteln sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/167/EWG des Rates

Gegen Ende des ersten Halbjahres 2018 plant die Europäische Kommission Legislativdossiers zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 sowie zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette vorzulegen.

Im Bereich der Regionalpolitik betreffend die Kohäsionspolitik soll der Ende 2017 von der Europäischen Kommission vorgelegte Änderungsvorschlag zur sogenannten

„Dachverordnung“ für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds, VO (EU) Nr. 1303/2013) noch unter dem bulgarischen Vorsitz verhandelt werden, die Trilogverhandlungen könnten in die österreichische Präsidentschaft fallen. Dieser Vorschlag sieht die optionale Verwendung der sogenannten Leistungsreserve (entspricht 6% der für ein operationelles Programm vorgesehenen Mittel, die erst nach dem Erreichen von geplanten Etappenzielen durch die Europäische Kommission 2019 zugewiesen werden) für Strukturreformen gemäß den länderspezifischen Empfehlungen vor.

Im Übrigen wird auf die EU-Jahresvorschau verwiesen.

#### Zu Frage 2:

➤ *Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden Sie in Ihrem Ressort im Detail setzen?*

Im Bereich Energie und Bergbau werden alle noch offenen Dossiers des CEP, der Förderung innovativer Energietechnologien und die Stärkung des internationalen Energiehubs Österreich abgeschlossen.

Der Umweltbereich ist im zweiten Halbjahr traditionellerweise von vielen internationalen Veranstaltungen geprägt. Zu erwähnen sind insbesondere die internationale Klima- und die internationalen Biodiversitätskonferenzen, für die der Umweltrat jeweils Schlussfolgerungen mit der EU Position annehmen wird.

Einen weiteren Schwerpunkt werden die Verhandlungen zu den Verkehrsdossiers CO<sub>2</sub> Standards für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge sowie Standards für schwere Nutzfahrzeuge bilden.

Auch der Vorschlag zu Einweg-Kunststoff wird einen Fokus erhalten, da sich Österreich für eine ambitionierte Plastikstrategie einsetzt. Zu diesem Dossier wird Österreich versuchen, eine allgemeine Ausrichtung zu erreichen.

In der Chemiewirtschaft bilden der Bereich Registration, Evaluation, Authorisation, Chemicals (REACH), aber auch die Chemiewirtschaftsgesetzgebung außerhalb von REACH einen Schwerpunkt. Der österreichische Vorsitz plant hierzu Ratschlussfolgerungen anzunehmen.

Im Fischereibereich werden im zweiten Halbjahr üblicherweise die Fangquoten für das kommende Jahr beispielsweise für Ostsee, Nordsee und Atlantik verhandelt.

Im Landwirtschaftsbereich liegen Prioritäten auf den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Reform und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 sowie auf dem Budget für die Landwirtschaft im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen.

Ebenfalls von Bedeutung werden die Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette und der in diesem Zusammenhang vorgesehene Gesetzesentwurf sowie der Abschluss der Spirituosen-Verordnung sein.

Im Rahmen des europäischen Tourismusforums werden aktuelle Tourismusthemen behandelt.

In der Kohäsionspolitik wurde die Vorlage der Rechtsgrundlagen für die Periode post-2020 durch die Europäische Kommission für gegen Ende der bulgarischen Ratspräsidentschaft angekündigt, sodass mit dem Start der intensiven Verhandlungsphase auf Ratsebene unter dem österreichischen Vorsitz zu rechnen ist.

In der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der EU Mitgliedstaaten zur europäischen Raumentwicklung (Territoriale Agenda der EU) sowie zur europäischen Stadtentwicklung (Urban Agenda der EU) wird der österreichische Vorsitz auf Fragen einer effektiven Governance in diesen Politikbereichen fokussieren.

#### Vorbereitende Maßnahmen:

##### Zu den Fragen 3 bis 7:

- *Wie viele Bedienstete Ihres Ressorts (in VZÄ) sind mit der Vorbereitung der Ratspräsidentschaft derzeit befasst?*
- *Wie viele Planstellen werden auf Grund der Ratspräsidentschaft in Ihrem Ressort (Aufschlüsselung nach Dienststelle) zusätzlich besetzt?*
  - a. *Wie viele davon wurden bereits besetzt?*
- *Wie viele Planstellen werden im Rahmen der Ratspräsidentschaft in Brüssel zusätzlich besetzt?*
  - a. *Wie viele davon wurden bereits zusätzlich besetzt?*
- *Wie viele BeamtInnen aus anderen Ländern werden im Rahmen der Ratspräsidentschaft entliehen?*
  - a. *Im Falle einer Entlehnung, für welchen genauen Zeitraum gilt diese Entlehnung?*
  - b. *Aus welchen Ländern stammen diese BeamtInnen?*

- *Wie viele der nun neu aufgenommenen Bediensteten wurden mit befristeten Verträgen angestellt?*

Gemäß der generellen Genehmigung des Bundeskanzleramtes für den Abschluss von Sonderverträgen gem. § 36 (2) Vertragsbedienstetengesetz für Verwendungen im Zusammenhang mit der österreichischen Ratspräsidentschaft 2018 wurden bis 31.01.2018 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen. Alle Dienstverhältnisse sind bis 28.02.2019 befristet. Eine detaillierte Auflistung im Sinne der Fragestellungen sowie eine Auflistung sämtlicher Bediensteter, die mit Angelegenheiten der Österreichischen-Ratspräsidentschaft 2018 (mit)befasst sind, ist aufgrund des Umfanges des Vorhabens nicht möglich.

Zum Stichtag 31. Jänner 2018 stellt Frankreich dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus einen Mitarbeiter zur Verfügung, der das Ressort von Mai bis Dezember 2018 im Bereich Fischerei unterstützen wird. Die Gehaltskosten für den genannten Mitarbeiter werden von französischer Seite getragen. Ein weiterer Mitarbeiter wird dem Bundesministerium für den Fischereibereich vom 1. Mai bis 31. Dezember 2018 von der Europäischen Kommission sekundiert, die auch die Gehaltskosten trägt. Mit gleichen Konditionen wird auch ein Mitarbeiter für den Regionalbereich sekundiert.

#### Zu Frage 8:

- *Wie viele Koordinationstreffen mit der bulgarischen Präsidentschaft bzw. der Europäischen Kommission oder dem Generalsekretariat des Rates gab es seitens Ihres Ressorts bislang?*

Es gab zwei Treffen mit Vertretern des Generalsekretariats in Wien und laufend Treffen mit der Europäischen Kommission und der bulgarischen Präsidentschaft auf Beamtenebene anlässlich der Ratsarbeitsgruppensitzungen in Brüssel und Sofia.

In Vorbereitung der österreichischen Präsidentschaft fanden und finden regelmäßig Treffen auf allen Hierarchieebenen, wie beispielsweise auf jenen der Ministerinnen und Minister sowie deren Kabinetten, der EU Koordinationsabteilungen, der Sektionsleitungen und Abteilungsleitungen, der Attachés - mit der estnischen und bulgarischen Präsidentschaft, mit der Europäischen Kommission und mit dem Ratssekretariat statt. Dabei wurden dort ebenfalls sämtliche Hierarchieebenen eingebunden um einen Austausch zur inhaltlichen und

organisatorischen Fragen zu führen. Regelmäßige Trio-Treffen gab es außerdem vor den Räten und den Sonderausschüssen Landwirtschaft.

Zu den Fragen 9 bis 12 (Termine) und 13 bis 15 (Konferenzfazität) sowie 16,17 und 18 (Nebeneffekte):

Termine des Ressorts:

- *Welche Treffen/Tagungen/Veranstaltungen sind im Bereich ihres Ressorts auf ministerieller Ebene an welchen Tagen mit wie vielen TeilnehmerInnen an welchem Ort geplant?*
- *Welche Treffen/Tagungen/Konferenzen/Veranstaltungen sind im Bereich ihres Ressorts auf DirektorInnenebene an welchen Tagen an welchem Ort geplant?*
- *Welche Treffen/Tagungen/Konferenzen/Veranstaltungen sind im Bereich ihres Ressorts auf BeamtInnenebene an welchen Tagen an welchem Ort geplant?*
- *Welche Treffen/Tagungen/Konferenzen/Veranstaltungen sind im Bereich ihres Ressorts auf für die allgemeine Öffentlichkeit an welchen Tagen an welchem Ort geplant?*

Konferenzfazität:

- *Welche Lokalitäten sind für die jeweiligen oben genannten Treffen/Tagungen/Konferenzen/Veranstaltungen angemietet oder in Aussicht genommen worden?*
- *Welche Kosten sind für die jeweiligen Veranstaltungen budgetiert und wie verteilen sich diese Kosten auf die jeweiligen Ausgabenkategorien?*
- *Wie hoch ist der finanzielle Beitrag Ihres Ressorts zur dauerhaften Konferenzfazität?*

Nebeneffekte:

- *Zu welchen Beeinträchtigungen der allgemeinen Öffentlichkeit (Verkehrsbehinderungen, Platzsperrungen, o.Ä.) wird es auf Grund der Aktivitäten Ihres Ressorts voraussichtlich kommen?*
- *Wie gewährleisten Sie die Sicherheit der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen Ihres Ressorts?*
- *Welche sonstigen Informationstätigkeiten zur Europäischen Union sind Ihrerseits für die Bevölkerung geplant?*

Es wird auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 225/J des Herrn Bundeskanzlers verwiesen.

### Externe Aufträge:

#### Zu den Fragen 19 bis 22:

- *Welche Aufträge an externe DienstleisterInnen in Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft haben Sie bereits vergeben?*
- *Welche Aufträge an externe DienstleisterInnen in Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft planen Sie noch zu vergeben?*
- *Wie viele dieser Aufträge wurden bzw. werden ausgeschrieben?*
- *Wie viele Beratungsverträge in Zusammenhang mit der Ratspräsidentschaft haben Sie mit wem abgeschlossen?*

Zur inhaltlichen Unterstützung der Ratspräsidentschaft wurde ein Dienstleistungswerkvertrag zur Erarbeitung einer Studie und zur fachlichen Begleitung bzgl. des Themas „*Territoriale Umsetzungspartnerschaften; inkl. makroregionaler Strategien; Expertise und fachliche Unterstützungsleistungen im Zuge des österr. EU-Vorsitzes im Bereich Europäische Raum- und Stadtentwicklung*“ mit beschränkter Laufzeit abgeschlossen. Die Beauftragung erfolgte gemäß dem § 41 BVergG 2006.

Für die organisatorische Umsetzung der Ratspräsidentschaft, wird insbesondere für die Veranstaltung der informellen Ministerräte Unterstützung angedacht. Weiters sollen Dienstleistungsaufträge im Bereich von Veranstaltungen, wie beispielsweise Catering, Sicherheit, Dolmetsch und Transport (Busse), vergeben werden.

Es wurden keine Beratungsverträge abgeschlossen.

### Budget

#### Zu den Fragen 23 bis 25:

- *Wieviel haben Sie für die Ratspräsidentschaft insgesamt budgetär berücksichtigt?*
  - a. *Wieviel davon entfällt auf Personalaufwendungen?*
  - b. *Wieviel davon entfallen auf Übersetzungs- bzw. Dolmetschleistungen?*
  - c. *Wieviel davon entfallen auf Öffentlichkeitsarbeit?*
  - d. *Wieviel davon entfallen auf das kulturelle Rahmenprogramm?*
- *In welchem Detailbudget werden die Kosten der Ratspräsidentschaft in Ihrem Ressort verbucht?*
- *Welche Maßnahmen zur Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit werden in Ihrem Ressort gesetzt?*

Bis zur Beschlussfassung des BFG 2018/19 können diesbezüglich keine endgültigen Aussagen getroffen werden. Auf die Einhaltung der Grundsätze der Haushaltsführung und den sparsamen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel wird geachtet.

Die Bundesministerin



